

Daniel Giese
Die SED und ihre Armee

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 85

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 2002

Die SED und ihre Armee

Die NVA zwischen Politisierung und
Professionalismus 1956–1965

Von Daniel Giese

R. Oldenbourg Verlag München 2002

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Giese, Daniel:

Die SED und ihre Armee : die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956 – 1965 / von Daniel Giese. – München : Oldenbourg, 2002

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 85)

Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2001

ISBN 3-486-64585-4

© 2002 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-64585-4

ISSN 0506-9408

Für Nina

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.	9
Einleitung	11
1. Fragestellung und Schwerpunkte der Analyse	12
2. Der erkenntnistheoretische Ansatz: Systemtheorie und zivil-militärische Beziehungen in der DDR.	14
3. Der Forschungsstand	22
4. Quellenlage und quellenkritische Probleme	30
I. Die Entstehung militärischer Strukturen in der DDR vor Gründung der NVA 1948–1956.	33
II. Die Armee im Staat der SED	39
1. Die Rolle des Militärs im Marxismus-Leninismus	39
2. NVA und Offizierskorps in der Militärkonzeption der SED 1956–1965	47
III. Politische Zuverlässigkeit und militärische Effizienz: Die Militärpolitik der SED 1956–1961	53
1. Die Aufgaben der NVA im Warschauer Pakt und bei der Landesverteidigung	53
2. Die innenpolitische Funktion der NVA.	57
3. Zielkonflikt und Priorität des Politischen.	62
IV. Die Organisation der politischen Durchdringung der NVA 1956–1961.	79
1. Zentrale Institutionen und Instrumente der SED zur Steuerung des Militärs	79
Politbüro, Sicherheitskommission und Nationaler Verteidigungsrat	79
ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen und Politische Verwaltung des Ministeriums für Nationale Verteidigung	83
Das Kadernomenklatursystem.	88
2. Der Parteiapparat	92
Die Politorgane	92
Die Parteiorganisationen	99
Die Kaderpolitik	107
3. Der Staatsapparat	113
Das Strafrecht	113
Die Militärjustiz.	118
Der Staatssicherheitsdienst	122

4.	Das Militär.	128
	Kollegium des Ministeriums für Nationale Verteidigung und Militärräte der Militärbezirke und Teilstreitkräfte.	128
	Die militärischen Führungsgrundsätze	132
	Die innere Ordnung	136
V.	Die militärpolitische Orientierung der SED an der UdSSR und der VR China	141
	1. Die Verhinderung der militärischen Autonomie in der DDR nach sowjetischem Vorbild 1956–1958	141
	2. Die „Maoisierung“ der NVA 1957–1960	148
	3. Die Abkehr von der chinesischen Militärkonzeption 1960/1961 nach der Verschärfung des sino-sowjetischen Konfliktes	161
VI.	Die Reaktion des Offizierskorps auf die politische Durch- dringung der NVA 1956–1961	169
VII.	Die Professionalisierung des Militärs 1961–1965	185
	1. Die Integration der NVA in die Erste Strategische Staffel des Warschauer Paktes	185
	2. Die Funktion der NVA im Innern.	193
	3. Konsolidierung, Autonomiegewinn und Leistungssteigerung des Militärs	196
VIII.	Organisatorische Veränderungen im Verhältnis zwischen SED und NVA 1961–1965.	219
	1. Zentrale Institutionen und Instrumente zur Steuerung des Militärs.	219
	2. Der Parteiapparat	223
	3. Der Staatsapparat	230
	4. Das Militär.	239
IX.	Das Verhältnis zwischen SED und Offizierskorps 1961–1965	247
	Zusammenfassung	255
	Abkürzungsverzeichnis	267
	Quellen- und Literaturverzeichnis	271
	Personenregister	281

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, mit der ich am 14. Februar 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert worden bin.

Danken möchte ich an dieser Stelle den vielen, die es mir ermöglicht haben, mein Forschungsprojekt zu vollenden. Der erste Dank gilt meinem Doktorvater und Lehrer, Professor Dr. Ludolf Herbst, dessen geduldiger und konstruktiver Methodenkritik ich viel verdanke, sowie Professor Dr. Heinrich August Winkler, der meine Dissertation als Zweitgutachter betreute. Darüber hinaus danke ich Professor Wilfried Nippel, dem Dekan der Philosophischen Fakultät I der Humboldt Universität zu Berlin, an der die Dissertation angenommen wurde.

Zu Dank verpflichtet bin ich zudem Dr. Rüdiger Wenzke vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, auf den die erste Anregung zu dieser Studie zurückgeht.

Einbeziehen in meinen Dank möchte ich auch die Mitarbeiter der Archive und Bibliotheken, die mich mit Hilfsbereitschaft und großem Sachverstand bei meiner Quellen- und Literaturrecherche unterstützt haben. Dies sind Liane Welke vom ehemaligen Militärischen Zwischenarchiv in Potsdam, Albrecht Kästner vom Militärarchiv im Bundesarchiv in Freiburg i. Br., Silvia Gräfe von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde und Hella Trümpelmann vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin sowie Renate Stang von der Bibliothek des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam.

Darüber hinaus danke ich meinen Freunden für die anregenden Diskussionen, die ich mit ihnen über meine Forschungsarbeit führen durfte. Besonders danke ich dabei Dr. Jörg-Michael Breustedt für seine wertvollen Hinweise und Erläuterungen zur Systemtheorie und Dr. Armin Wagner für seine sachverständigen Anmerkungen zur NVA-Geschichte.

Ein besonderer Dank gilt auch der Gerda Henkel Stiftung in Düsseldorf, die meine Forschungsarbeit durch ein großzügiges Promotionsstipendium gefördert hat.

Ich danke den Herausgebern für die Aufnahme meiner Studie in die Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Ferner möchte ich meinen Eltern für ihre Unterstützung danken, ohne die ich mein Studium nicht in gleicher Weise hätte absolvieren können, meinem Vater für die Durchsicht einer frühen Fassung dieses Textes und meiner Schwester für ihre Gastfreundschaft während meiner Freiburger Archivbesuche.

Schließlich bin ich meiner Frau Nina zu besonderem Dank verpflichtet. Sie hat die mehrjährige Arbeit an meiner Dissertation mit mir durchlitten. Ihre Hilfe, ihr Zuspruch und ihr Verständnis waren entscheidende Voraussetzungen für das Gelin-

gen meines Forschungsprojektes. Ich danke ihr insbesondere auch für die kritische Durchsicht des Manuskriptes.

Berlin, im Februar 2002

Daniel Giese

Einleitung

Das Inkrafttreten der „Instruktion für die Arbeit der Parteiorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Nationalen Volksarmee (NVA)“ am 21. Mai 1957 markiert eine entscheidende Zäsur in den „zivil-militärischen Beziehungen“ der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Bereits auf der 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 hatte Willi Stoph, 1956–1960 der erste Minister für Nationale Verteidigung der DDR, angekündigt: „Wie die Parteiorganisationen in den Betrieben beim Aufbau des Sozialismus, so werden auch die Parteiorganisationen und Politabteilungen im Ministerium für Nationale Verteidigung und der Nationalen Volksarmee die führende Rolle unserer Partei ... verwirklichen.“¹ Dieses Ziel beabsichtigte die SED knapp anderthalb Jahre nach Gründung der NVA am 18. Januar 1956 mittels der neuen Instruktion nunmehr endgültig zu erreichen. Vor allem sollte dies durch die Einführung des kollektiven Führungsprinzips in den Streitkräften geschehen. Die neuen militärischen Führungsgrundsätze ermöglichten es der Partei, jetzt auch die rein militärischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse umfassend zu kontrollieren und zu beeinflussen. Auf diese Weise erlangte das Politische in Form der sozialistischen Ideologie Priorität in der militärischen Sphäre. Darüber hinaus bedingte die verstärkte institutionelle Verflechtung von Partei und Streitkräften die Durchdringung des militärischen Systems durch das politische.

Diese konzeptionelle und organisatorische Ausrichtung der SED-Militärpolitik stellte eine klare Absage an die interne Selbständigkeit der NVA dar. Sie war gleichbedeutend mit einer grundsätzlichen Abkehr vom Konzept der militärischen Autonomie professioneller Streitkräfte, das sich im Verlauf der Entwicklung moderner Nationalstaaten herausgebildet hatte: Danach fungiert das Militär als politisch neutrales Instrument des Staates, nicht aber einer einzelnen politischen Gruppierung. Im Gegenzug verfügt es über eine große Eigenständigkeit in seinem Bereich als Voraussetzung für ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit².

Vor diesem Hintergrund erweisen sich die antinomischen Kategorien „politische Durchdringung“ und „militärische Autonomie“ für eine Analyse des Verhältnisses zwischen der SED und der NVA von 1956 bis 1965 als besonders fruchtbar. Sie sollen innerhalb der Untersuchung jedoch nicht allein stehen. Vielmehr bilden sie den Rahmen und die Kernelemente eines differenzierten begrifflichen Bezugssystems³.

¹ Stenographische Niederschrift der 3. Parteikonferenz, 24.–30. März 1956, SAPMO-BArch, DY 30/IV 1/3/6, Bl. 833.

² Vgl. Perlmutter, *The Military and Politics in Modern Times*, S. 21 ff.

³ Vgl. Einleitung Punkt 3 dieser Studie.

1. Fragestellung und Schwerpunkte der Analyse

Auf der Basis dieser beiden analytischen Kategorien ist es möglich, eine übergeordnete Fragestellung zu formulieren, die den Fokus der Analyse des Verhältnisses zwischen SED und NVA präzisiert:

Die zentrale Absicht der Studie ist es, die von der SED betriebene politische Durchdringung der NVA zu untersuchen. Zunächst geht es darum, die theoretischen Grundlagen und politischen Zielsetzungen der Parteiinterventionen zu analysieren. Ferner sollen die organisatorischen Voraussetzungen der politischen Durchdringung herausgearbeitet werden. Daran anknüpfend versucht die Studie, die Implikationen und Folgen der Eingriffe in die Organisationsmechanismen des Militärs zu bestimmen, mit denen die Partei die Ausbildung einer weitreichenden militärischen Autonomie zu unterbinden beabsichtigte. Die Analyse kann dabei aber nicht nur in eine Richtung verlaufen. Es wird auch das Ziel sein, die aus dem umfassenden Kontroll- und Steuerungsanspruch der SED resultierenden Reaktionen des Militärs zu untersuchen. Interessant erscheint hier, ob es Reaktionen gab, die sich direkt gegen die Interventionen der SED richteten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern Wechselwirkungen zwischen beiden Teilsystemen bestanden und ob die Reaktionen von Seiten der Armee Richtungsänderungen oder Modifikationen in der Militärpolitik der SED verursachten. Zu fragen ist zudem, ob in den zivil-militärischen Beziehungen allein Faktoren auf der Mikroebene – des Verhältnisses zwischen SED und NVA – eine Rolle spielten oder ob die Beziehungen auf der Makroebene auch durch externe politische Einflüsse bedingt wurden.

Vor dem Hintergrund des hier entwickelten Fokus der Analyse läßt sich eine Hypothese formulieren, die der Beantwortung der Fragestellung Richtung und Rahmen zu geben vermag: Die Untersuchung geht dabei von der Annahme aus, daß die politische Durchdringung der militärischen Autonomie die Selbstorganisationsfähigkeit der NVA substantiell störte, weil die Interventionen der SED die Möglichkeiten der Truppenführung, die spezifisch militärischen Belange eigenverantwortlich zu regeln, umfassend einschränkten. Anscheinend hemmten diese politisch motivierten Eingriffe die Effizienz der rein militärischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse nachhaltig, weshalb die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit der NVA in den fünfziger Jahren gering gewesen sein dürfte. Die Verhinderung militärischer Autonomie war vermutlich auch die entscheidende Ursache für die Konflikte zwischen der SED und der militärischen Truppenführung nach Gründung der NVA. Bis zum Mauerbau waren diese Auseinandersetzungen offenbar ein bestimmender Faktor in den zivil-militärischen Beziehungen der DDR. Erst nach 1961 scheint es sowohl zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen der SED und der NVA als auch zu einer internen Konsolidierung der Streitkräfte selbst gekommen zu sein. Die Abgrenzung der DDR dürfte dafür konstitutiv gewesen sein. Eine Reduzierung der extensiven politischen Kontrolle und Einflußnahme war nach Auffassung der Partei anscheinend erst ab diesem Zeitpunkt möglich. Nunmehr wurde offenbar eine beschränkte Autonomisierung des Militärs zugelassen und die Eigenverantwortlichkeit der Truppenführung für spezifisch militärische Entscheidungen erweitert. Diese veränderten Rahmenbedingungen dürften die Voraussetzung für die zunehmende Professionalisierung der NVA und ihre Integration in die Erste Strategische Staffel des Warschauer Paktes bis 1965 gewesen sein.

Um die Plausibilität der hier formulierten Hypothese überprüfen zu können, wird die Analyse folgende thematische Schwerpunkte und Teilprobleme behandeln: Zunächst soll in Kapitel I die Entstehung militärischer Strukturen in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone)/DDR vor der NVA-Gründung zwischen 1948 und 1956 skizziert werden. In Kapitel II wird dann die intentionale Dimension untersucht. Welche Rolle spielte das Militär in der Ideologie des Marxismus-Leninismus, und wie wirkten sich die theoretischen Implikationen auf die konkrete Militärkonzeption der SED aus? Die Analyse konzentriert sich dabei vor allem auf das Offizierskorps, da die militärische Truppenführung vor allem vor 1961 im Zentrum der SED-Militärpolitik stand.

Entsprechend der Hypothese ist der Bearbeitungszeitraum der Untersuchung in zwei übergeordnete Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt wird in den Kapiteln III–VI die Phase der verstärkten politischen Durchdringung der NVA 1956–1961 behandeln. Im zweiten Abschnitt soll in den Kapiteln VII–IX die Phase der Professionalisierung der DDR-Streitkräfte in den Jahren 1961–1965 erörtert werden⁴.

In den Kapiteln III und VII wird nach dem jeweiligen Zeitraum gesondert nach den praktischen Zielen der SED-Militärpolitik gefragt sowie den Aufgaben und Funktionen, die der NVA in diesem Zusammenhang zugewiesen wurden. Interessant erscheint dabei, inwiefern es Zielkonflikte zwischen der Herstellung politischer Zuverlässigkeit und militärischer Effizienz gegeben haben könnte. Die Analyse der Einsatzbereitschaft der NVA dürfte ein wichtiger Indikator für den Grad der politischen Durchdringung sein. Fraglich ist zudem, ob der Mauerbau einen Wechsel der militärpolitischen Prioritätensetzung ermöglichte und nach sich zog.

Ein weiterer Schwerpunkt der Analyse ist die Frage, wie sich die politische Durchdringung organisatorisch manifestierte. Diese wird in den Kapiteln IV und VIII diskutiert. Untersucht werden die entscheidenden Elemente der Kontrolle und Steuerung mittels derer die SED versuchte, ihren Einfluß in der NVA sicherzustellen. Die Analyse richtet sich dabei auf vier Bereiche: Zunächst ist das Interesse auf die zentralen Institutionen und Instrumente der SED gerichtet, so unter anderem auf das Politbüro, den Nationalen Verteidigungsrat, die Abteilung für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees (ZK) und das Nomenklatursystem. Ferner werden im Bereich des Parteiapparates der SED in der NVA die Politorgane, die Parteiorganisationen und die Kaderpolitik untersucht. Im Bereich des Staatsapparates sind es das Strafrecht, die Militärjustiz und der Staatssicherheitsdienst sowie im Bereich des Militärs die zentralen Führungsgremien, die militärischen Führungsgrundsätze und die innere Ordnung. Im Vordergrund stehen dabei vor allem die Identifizierung organisatorischer Veränderungen, deren Ursachen und die Darstellung der sie auslösenden parteiinternen Diskussionsabläufe. Die Organisationsstrukturen der politischen Durchdringung werden jedoch nur insofern dargestellt, als sie erkennbaren Einfluß auf die spezifisch militärischen Entscheidungsprozesse hatten. Daher wird beispielsweise die politische Erziehung ausgeklammert, nicht zuletzt weil ihre Wirkung empirisch kaum meßbar ist. Das Ziel der Studie ist somit keine Gesamtdarstel-

⁴ Vgl. bezüglich der Periodisierung Wenzke, Die Nationale Volksarmee (1956–1990), S. 424, 442.

lung⁵. Der Schwerpunkt der Analyse liegt in diesem Zusammenhang auf dem Zeitraum zwischen 1956 und 1961, da hier die entscheidenden organisatorischen Grundlagen für die politische Durchdringung der NVA gelegt wurden, die nach dem Mauerbau offenbar nur noch eine Modifizierung erfordern. Die Analyse der strukturellen Veränderungen ab 1961 in Kapitel VIII wird daher auch vor dem Hintergrund der Frage erfolgen, ob diese einen Autonomiegewinn des Militärs bewirkten.

Die Etablierung des Interventionssystems der SED in der NVA erfolgte zunächst offenbar ausschließlich nach den Vorgaben der Sowjetunion (UdSSR). Im Zuge der Konflikte zwischen der Partei und der militärischen Truppenführung ist es dann aber wohl zu Abweichungen von den Vorgaben der Hegemonialmacht gekommen. Anscheinend orientierte sich die SED bei der institutionellen Modifizierung und Weiterentwicklung der politischen Durchdringung zwischen 1957 und 1960 verstärkt an der Konzeption, die zur gleichen Zeit in der Volksrepublik (VR) China verfolgt wurde. In Kapitel V wird versucht, die zeitlichen Abläufe des Paradigmenwechsels ebenso herauszuarbeiten wie die institutionellen Abweichungen. Die Militärpolitik der SED soll dabei aber nicht umfassend mit der der UdSSR und Chinas verglichen werden. Vielmehr geht es darum, die Diskussionsprozesse und Entscheidungsspielräume der Partei zu erörtern. Das Kapitel zielt also auf die Analyse der entscheidenden Umweltreferenzen der zivil-militärischen Beziehungen in der DDR ab.

Im übrigen sollen in den Kapiteln VI und IX die jeweils existierenden Reaktionen von Seiten des Offizierskorps auf die politische Durchdringung der militärischen Autonomie erörtert werden. Dabei geht es sowohl um Ausmaß und Erscheinungsformen dieser Reaktionen als auch um die Frage, ob es sich hierbei zum Teil auch um Widerstand gehandelt haben könnte.

2. Der erkenntnistheoretische Ansatz: Systemtheorie und zivil-militärische Beziehungen in der DDR

Welcher erkenntnistheoretische Ansatz erweist sich nunmehr am geeignetsten zur Beantwortung der zuvor entwickelten Fragestellung?

Fast zwangsläufig drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Verwendung der „Totalitarismustheorie“ auf. In letzter Zeit hat die Verwendung dieses Theorems – möglicherweise in Ermangelung adäquater Alternativen – hinsichtlich der Analyse der zusammengebrochenen sozialistischen Regime⁶ und auch bezüglich der Erforschung der DDR-Geschichte⁷ eine Reihe Befürworter gefunden. Hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes dieser Studie haben in diesem Sinne Hi-

⁵ Aus diesem Grund werden etwa auch die Organisationen der FDJ (Freie Deutsche Jugend) in der NVA nicht behandelt.

⁶ Vgl. u. a. Backes/Jesse, Totalitarismus und Totalitarismusforschung, S. 7 ff.; Jesse, Sammelrezension: Totalitarismus auf dem Vormarsch?, S. 247 ff.; Fischer, Totalitarismus als komparative Epochenkategorie, S. 284 ff.; Courtois, Die Verbrechen des Kommunismus, S. 40.

⁷ Vgl. u. a. Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem, S. 9 ff.; Jesse, War die DDR totalitär?, S. 12 ff.; Schroeder, Der SED-Staat, S. 632 ff.

storiker des „Militärsgeschichtlichen Forschungsamtes“ (MGFA) der Bundeswehr in Potsdam argumentiert, gemäß ihrem „totalitären Führungsanspruch“ habe sich die SED „alle staatlichen und gesellschaftlichen Subsysteme“ unterworfen und sie in ihrer „auf Dauer angelegten Herrschaft“ dominiert⁸.

Doch sind auch Zweifel an dieser Annahme totaler Kontrolle geäußert worden: So hat Walter Jablonsky schon 1993 hinsichtlich der zivil-militärischen Beziehungen die Frage gestellt, „wie wirksam der Zugriff der SED auf die NVA tatsächlich“ gewesen sei⁹. Die Berücksichtigung dieses Aspektes ist um so wichtiger, als durch die Auswertung der jetzt zugänglichen Quellen die Frage nach Umfang und Ursachen von Konflikten zwischen Partei und militärischer Truppenführung in den Vordergrund rückt. Es entsteht der Eindruck, als habe die SED – zumindest im Bearbeitungszeitraum der Studie – eine totale Kontrolle der NVA nur unzureichend verwirklichen können.

Gerade weil die sozialistischen Herrschaftssysteme weitgehend zusammengebrochen sind, kann heute nicht mehr nur die Analyse dessen, „was diese Herrschaft wirklich zu einer totalen Beherrschung macht“¹⁰, wie Hannah Arendt es formuliert hat, das primäre Ziel sein. Denn an der Verwirklichung dieses Anspruches sind die Regime erkennbar und umfassend gescheitert. Die Analyse der sozialistischen Regime befindet sich daher zwangsläufig in einer neuen Phase. Jetzt gilt es, den Fokus zu verschieben und sich den Ursachen und Gründen für Niedergang und Zerfall zuzuwenden. Konsequenterweise muß die Analyse daher die Dysfunktion sozialistischer Systeme als Folge zentralisierter Planung, hierarchischer Fremdsteuerung und direkter autoritärer Einflußnahme in den Blick nehmen. Dabei geht es um eine kritische Erörterung der Prozesse, die die Gesellschaftssysteme konstituieren. Um hier jedoch einen Erkenntnisgewinn zu erzielen, bedarf es eines komplexeren Theorientwurfes.

Für einen analytisch fruchtbaren Perspektivwechsel bietet sich die neuere Systemtheorie an¹¹. Sie ermöglicht es, die skizzierten methodologischen Schwierigkeiten und Defizite zu überwinden. Aufgrund ihres hohen Abstraktions- und Differenzierungsgrades verfügt dieser erkenntnistheoretische Ansatz hinsichtlich der Untersuchung totalitärer Systeme wie der SED-Parteidiktatur über eine größere Reichweite¹².

⁸ Diedrich, Im Dienste der Partei, S. X.

⁹ Jablonsky, Die NVA im Staat der SED, S. 24 f.

¹⁰ Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, S. 946.

¹¹ Systemtheoretische Paradigmen haben bei der historischen Analyse der beiden totalitären Regime in Deutschland bereits Verwendung gefunden: Vgl. u. a. Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945; Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR.

¹² Der systemtheoretische Ansatz dieser Studie wird zum Teil auch auf Begriffe und Erklärungsmuster der Militärsoziologie zurückgreifen, sofern sich diese als fruchtbar erwiesen haben und sie sich mit dem Ansatz verbinden lassen. Seit dem Ende der fünfziger Jahre entwickelte die Militärsoziologie zwei Theoreme zur Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in sozialistischen Staaten. Vgl. den zusammenfassenden Forschungsbericht von Schössler, Militärsoziologie, S. 96 ff. Diese sollten den bis dahin in der Forschung vorherrschenden totalitarismustheoretischen Ansatz überwinden und differenziertere Analyseergebnisse ermöglichen. Das zuerst entwickelte Konvergenz-Modell hat Partei und Militär als zwei eigenständige Institutionen begriffen: Während die Partei darauf abzielte, die optimale politische Kontrolle über die Armee auszuüben und diese zu instrumentalisieren, versuche das Militär seine Autonomie zu erweitern und effizienzhemmende Parteiinterventionen zu ver-

Die Grundannahme dieses Ansatzes ist es, daß die Teilsysteme komplexer, funktional differenzierter Gesellschaftsordnungen sich nicht von einer privilegierten Instanz nach einer konkreten Ordnungsvorstellung von außen zentral steuern lassen. Die neuere Systemtheorie als „Theorie selbstreferentieller Systeme“ geht vielmehr davon aus, daß sich die Teilsysteme, ebenso wie die Gesellschaft im ganzen, selbst organisieren. Diese Prämisse ermöglicht eine Veränderung des Blickwinkels von dem vorrangigen „Interesse an Design und Kontrolle zu [einem] Interesse an Autonomie und Umweltsensibilität, von Planung zu Evolution, von struktureller Stabilität zu dynamischer Stabilität“¹³.

Grundsätzlich unterlag auch die DDR der funktionalen Differenzierung als Organisationsprinzip moderner, komplexer Industriegesellschaften. Diese bildeten im Verlauf ihrer Entwicklung Teilsysteme aus, die in der Gesamtgesellschaft jeweils eine spezifische Funktion erfüllen. Durch diese interne Ausdifferenzierung steigern die Gesellschaftssysteme den Grad ihrer Komplexität, wodurch sich die Leistungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz verbessert. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, aber auch das Militär¹⁴ sind Beispiele für solche hochspezialisierten Teilsysteme¹⁵. Die Wirksamkeit dieses Strukturprinzips konnte die SED mittels ihrer Transformationspolitik offenbar nicht außer Kraft setzen, auch wenn sie die Eigenständigkeit der sozialen Teilsysteme weitgehend unterband und diese hierarchisch auf ein Entscheidungszentrum – das Politbüro – ausrichtete. Umfassend verwirklichen ließ sich die gesellschaftliche „Entdifferenzierung“ aber nur im außerstaatlichen Bereich, wodurch sich eine „Zivilgesellschaft“ nicht entwickeln konnte¹⁶. Hinsichtlich des Aufbaus und der Funktion der staatlichen Organe und Institutio-

mindern. Vgl. u. a. Huntington, *The Soldier and the State*, S. 59 ff., 80 ff.; Kolkowicz, *The Soviet Military and the Communist Party*, S. 20 ff., 103 ff.; Perlmutter, *The Military and Politics in Modern Times*, S. 75 ff. Der unterstellte „natürliche“ Gegensatz zwischen Partei und Militär erwies sich jedoch als problematisch. Denn gerade in den siebziger und achtziger Jahren scheint es in den sozialistischen Staaten einen tiefgreifenden Antagonismus zwischen beiden Institutionen nicht gegeben zu haben. Die Defizite dieses Ansatzes sollte das Divergenzmodell überwinden. Dessen Ausgangspunkt war die Annahme, die zivil-militärischen Beziehungen in sozialistischen Gesellschaftssystemen folgten einer von der westlichen grundsätzlich abweichenden Entwicklungslogik: Partei und Militär seien in hohem Maße integriert. Das Militär stimme daher grundsätzlich in Werten und Zielen mit der Partei überein, weshalb es auch kein prinzipielles Konfliktverhältnis zwischen politischer und militärischer Sphäre gebe. Vgl. u. a. Odom, *The Soviet Volunteers*, S. 27 ff.; Herspring, *Technology and the Changing Political Officer*, S. 370 ff.; Colton, *Civil-Military Relations in the Soviet Union*, S. 213 ff. Im Rahmen des Divergenz-Modells ist die politische Kontrolle der Streitkräfte differenzierter analysiert worden. Die Prämisse eines zivil-militärischen Grundkonsenses ist jedoch durch die historische Entwicklung widerlegt worden, denn das Militär hat sich beim Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftsordnungen in der Regel nicht für deren Erhalt eingesetzt.

¹³ Luhmann, *Soziale Systeme*, S. 27.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 242 ff.

¹⁵ Vgl. Tyrell, *Anfragen an die Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung*, S. 182 ff. Der Differenzierungsprozeß bewirkt dabei jedoch keine Entkopplung der Teilsysteme. Je mehr ein Teilsystem die Umweltabhängigkeit durch Spezialisierung auf dem Gebiet seiner spezifischen Funktion reduziert, desto mehr erhöht es seine Abhängigkeit in allen anderen Belangen. Auf diese Weise verstärkt sich das komplexe Netz aus Interdependenzen zwischen den Teilsystemen einer Gesellschaft. Vgl. Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Teilbd. 2, S. 745 f.

¹⁶ Vgl. Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, S. 10 f.

nen blieb eine gewisse Differenzierung trotz des Zentralisierungsanspruches der SED erhalten¹⁷. Dies verdeutlicht zum Beispiel die Existenz von Fachministerien oder hochspezialisierten Forschungseinrichtungen in der DDR.

Es ist daher folgerichtig, die NVA als hochspezialisiertes Teilsystem einer in ihren Kernbereichen funktional differenzierten Gesellschaft zu betrachten. Dafür spricht auch, daß die SED dem Militär nach Gründung der DDR von Anfang an einen spezifischen Funktionsbereich zuwies¹⁸.

Intern organisieren sich die sozialen Teilsysteme jeweils gemäß einem spezifischen Operationsmodus selbst. Die neuere Systemtheorie bezeichnet dieses Konstitutionsprinzip als „operative Geschlossenheit“. Selbstreferentielle Systeme erzeugen ihre Elemente selbst, deren Beziehungen zueinander sowie die elementaren Systemoperationen. Auf diese Weise reproduzieren sie sich dynamisch in einem geschlossenen, rekursiven Prozeß. Zugleich bedeutet dies, daß sich jedes System entsprechend seiner eigenen Rationalität selbst steuert. Es verfügt über einen eigenständigen Kommunikationscode, durch den es intern Informationen verarbeitet. Diese Spezialsprache mit ihren spezifischen Regeln und Kriterien ermöglicht es dem System, Informationen anhand von Leitdifferenzen zu strukturieren, zu verdichten und zu selektieren, um sie in seinem Sinne effizient nutzen zu können¹⁹. So reproduziert sich beispielsweise das Militär als soziales Teilsystem entsprechend einem Kommunikationsmuster, das vor allem an der Leitdifferenz Stärkung beziehungsweise Schwächung der militärischen Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit ausgerichtet ist.

Selbststeuerung und Selbstorganisation auf der Basis operativer Geschlossenheit garantieren demnach die Funktionalität eines sozialen Teilsystems. Nur wenn es sich in seinem spezifischen Funktionsbereich unabhängig von politischen Interventionen autonom steuern und kontrollieren kann, ist es in der Lage, seine Stabilität sowie seine Leistungs- und Reformfähigkeit zu bewahren²⁰. Die Politik hat hinsichtlich anderer sozialer Systeme daher lediglich die Möglichkeit, Rahmenbedingungen zu setzen, etwa indem sie über die Einsatzoptionen der Streitkräfte oder die allgemeine Organisationsstruktur entscheidet. Die Einflußnahme auf spezifisch militärische Belange, etwa die Führungsgrundsätze oder die Ausbildungsinhalte, verfehlt jedoch ihre Wirkung, da der Kommunikationscode der Politik keine Anschlußfähigkeit an den selbstreferentiellen Operationsmodus des Militärs besitzt²¹. Die Steuerung ist deshalb in das Innere des Systems verlagert. Die internen Voraussetzungen beispielweise für die Herstellung der optimalen Einsatzbereitschaft der Streitkräfte werden von der Truppenführung durch Selbststeuerung und Selbstkontrolle eigenständig geleistet. Eine derart weitreichende Autonomie und Selbstorganisationskompetenz ist kennzeichnend für den modernen Soldatenberuf als eine „Profession“²².

¹⁷ Besonders der globale ökonomische und wissenschaftlich-technische Wandel erzeugte einen Evolutionsdruck, dem sich auch die sozialistische DDR-Gesellschaft nicht entziehen konnte. Vgl. Willke, *Leitungswissenschaft in der DDR*, S. 41 ff.

¹⁸ Vgl. Eisert, *Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik*, S. 184 ff.

¹⁹ Vgl. Willke, *Systemtheorie II*, S. 142 ff.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 224 f.

²¹ Vgl. Kap. III.3. und V.2. dieser Studie.

²² Vgl. Willke, *Systemtheorie III*, S. 98 f.

Welches ist nun der spezifische Code, nach dem sich moderne Streitkräfte autonom organisieren? Das „Professionskonzept“²³ der Militärsoziologie verfügt über einen detaillierten Kriterienkatalog, der militärische Autonomie beschreibt²⁴. Diese Kriterien können in Verbindung mit dem systemtheoretischen Ansatz dieser Studie als Elemente eines internen Regelungssystems des Militärs verstanden werden²⁵.

Moderne Militärorganisationen verfügen über komplexe Selbstorganisationsmechanismen als Grundlage für ihren hohen Spezialisierungsgrad. Militärische Autonomie umfaßt vor allem die Fähigkeit, sich selbst zu verwalten. Das Militär unterliegt dabei einem eigenen Bürokratisierungsprozeß, einer Binnendifferenzierung etwa in Hierarchieebenen – unter anderem Dienstgrade – oder Spezialfunktionen – beispielsweise Waffengattungen. Zudem haben Streitkräfte allgemeinverbindliche Richtlinien etwa über Ausbildungsinhalte und Beförderungsstandards sowie ein eigenständiges Befehlsgefüge, damit sie ihre Funktion optimal erfüllen können²⁶.

Militär als Profession ist gekennzeichnet durch besonderes Fachwissen. Ein hohes Maß an spezieller Qualifikation und Kompetenz sind die Voraussetzung dafür, daß die Streitkräfte die von der Gesellschaft geforderte ständige Einsatzbereitschaft und eine hohe Leistungsfähigkeit sicherstellen können. Deren konkrete Umsetzung bleibt aber dem Militär selbst überlassen. Es formuliert eigenständig die Einsatzgrundsätze und Ausbildungsmethoden, die zur Erlangung des vorgegebenen Ziels erforderlich sind²⁷.

Darüber hinaus entwickeln die Angehörigen moderner Streitkräfte unter dem Eindruck ihrer gesellschaftlichen Sonderstellung ein spezifisches Selbstverständnis – eine Gruppenidentität. Dieses professionelle Ethos umfaßt besondere Werte und Normen. Militärorganisationen verfügen dementsprechend über eigene Sozialisationsmuster, anhand derer ihre Angehörigen erzogen und geprägt werden. Ein Bestandteil des militärischen Selbstverständnisses ist das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft als Ganzes. Dieses ist als Folge des Verteidigungsauftrages in erster Linie auf die Herstellung der äußeren Sicherheit des Staates gerichtet.

Im Rahmen des systemtheoretischen Ansatzes dieser Studie gilt es, den von der Militärsoziologie empirisch generierten Autonomiebegriff mit dem Selbstorganisationsparadigma zu verbinden. So erhält der Begriff der militärischen Autonomie eine andere Bedeutung als er im militärsoziologischen Kontext besitzt. Autonomie ist demgemäß als Selbstorganisationsfähigkeit zu begreifen. Dadurch wird der Begriff in seiner analytischen Qualität gesteigert. Autonomisierungsbestrebungen des Militärs sind demnach ebensowenig natürlicherweise vorhanden wie ein prinzipieller Antagonismus der Teilsysteme Politik und Armee. Sie sind vielmehr das Resultat systemfremder Interventionen in den geschlossenen Operationsmodus des Militärs.

²³ Vgl. den zusammenfassenden Forschungsbericht von Schössler, *Militärsoziologie*, S. 160ff.

²⁴ Vgl. u. a. Abrahamsson, *Military Professionalization and Political Power*, S. 21 ff., 59 ff., 71 ff.; Huntington, *Officership as a Profession*, S. 23 ff.; Johnson, *Die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa*, S. 113.

²⁵ Durch die Verknüpfung mit dem Organisationsprinzip der operativen Geschlossenheit erhält auch die Begrifflichkeit des Professionskonzeptes mehr Tiefenschärfe.

²⁶ Darüber hinaus kontrolliert sich das Militär intern selbst, indem es autonom für die Aufrechterhaltung der Disziplin und der inneren Ordnung sorgt.

²⁷ Auch befindet das Militär über die Art der Ausrüstung sowie über die Nutzung neuer Technologien, Geräte und Waffen, wobei die Grundsatzentscheidungen hierüber im Austausch mit der Politik gefällt werden.

Erst die Störung der Selbstorganisationsfähigkeit veranlaßt das Militär, die Konfrontation mit der Politik zu suchen und seine Autonomie einzufordern.

Auch die Friktionen in den zivil-militärischen Beziehungen der DDR, vor allem in den fünfziger Jahren, sind offenbar durch die Störung der Selbstorganisationsfähigkeit der NVA verursacht worden. Die SED wollte über moderne Streitkräfte verfügen, die sie daher nach dem klassischen Organisationschema aufbaute. Andererseits aber wollte sie der NVA eine weitreichende Autonomie nicht zugestehen, widersprach dies doch fundamental ihrer Zielsetzung, in allen Teilbereichen der Gesellschaft die „führende Rolle“ der Partei zu verwirklichen. Um ihren Machtanspruch durchzusetzen, installierte sie in der Armee parallel zu den militärischen Strukturen einen eigenen Parteiapparat. Offenbar glaubte die SED-Führung, auf diese Weise sowohl die Leistungsfähigkeit der NVA als auch ihre umfassende politische Kontrolle und Steuerung sicherstellen zu können²⁸. Durch die politische Durchdringung der rein militärischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse sowie der militärischen Organisationsstrukturen schuf die Partei jedoch zugleich die Voraussetzungen für tiefgreifende Funktionsstörungen der NVA²⁹. Auf der Basis des systemtheoretischen Ansatzes dieser Studie lassen sich dabei drei Formen der politischen Durchdringung der militärischen Autonomie identifizieren.

Erstens wurde die Selbstorganisationsfähigkeit der NVA durch die Entdifferenzierung und Zentralisierung der militärischen Entscheidungsprozesse gestört. Aufgrund der fehlenden politischen Gewaltenteilung in der DDR gab es keine rechtlichen Grenzen, die substantielle Interventionen des politischen Teilsystems in das militärische hätten verhindern können. Die SED war daher nicht nur in der Lage, die militärischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse weitreichend zu beeinflussen. Wegen der in der DDR bestehenden zentralisierten politischen Steuerung bestand auch eine grundsätzliche Tendenz, dem militärischen Teilsystem spezifische Fragen zu entziehen und diese zur Entscheidung direkt an die höchsten Parteigremien zu verweisen. Der Vorteil einer autonomen, subsidiären und funktional differenzierten Entscheidungsfindung, nämlich ein Optimum an Komplexität verarbeiten zu können, ging so verloren³⁰.

Dieser Umstand verweist auf das Problem der Unterkomplexität von Planung. Die zentralisierte Steuerung sozialer Prozesse erzeugt ein Komplexitätsgefälle. Da ein sehr großes Maß an Entscheidungshandeln in sozialistischen Systemen bei der jeweiligen zentralen Steuerungsinstanz – dem höchsten Parteigremium – konzentriert ist, reduziert sich zwangsläufig die verfügbare Informationsverarbeitungskapazität. Denn eine zentrale Steuerungseinheit kann Informationen nur dann verarbeiten, wenn diese hochaggregiert und in ihrer Komplexität stark reduziert werden. Die Vereinfachung von Informationen führt jedoch dazu, daß wichtige Details verlorengehen. Auch werden die Informationen nur nach der Rationalität des politischen Systems beurteilt, so daß häufig nur nachrangige Fragen behandelt, essentielle aber nicht erkannt werden. Im Vergleich zu den Leistungen sich selbst organisierender Teilsysteme bleiben die Problemlösungen zentraler Steuerungseinheiten daher in der Regel suboptimal. Militärische Stäbe und Leitungen degenerieren auf diese

²⁸ Vgl. Kap. IV.1.–2. und VIII.1.–2. dieser Studie.

²⁹ Vgl. Kap. III.3. dieser Studie.

³⁰ Vgl. Kap. IV.1. und VIII.1. dieser Studie.

Weise von eigenständigen Entscheidungs- zu einfachen Erfüllungsorganen der übergeordneten Parteigremien³¹.

Zweitens bewirkte die Existenz des Parteiapparates in der NVA eine Verdoppelung der Entscheidungsgremien und damit eine Übersteuerung der Entscheidungsprozesse. Um diese Wirkung besser veranschaulichen zu können, erweist es sich als hilfreich, auf die Terminologie der Kybernetik zurückzugreifen. Systemsteuerung läßt sich demnach als „negative Rückkopplung“ auffassen³². Ein System verhält sich dann stabil, wenn die Dynamik der systemimmanenten Prozesse durch die Kopplung an bestimmte Sollwerte eines Regelungssystems gesteuert wird³³. Entsprechend dem oben eingeführten Paradigma operativer Geschlossenheit verfügt jedes soziale Teilsystem über einen eigenen spezifischen Operationsmodus, der als Regelungssystem aufgefaßt werden kann. Der Parteiapparat in der NVA bedeutete die Etablierung eines weiteren Regelungssystems. Dessen Existenz führte offenbar zu einer für sozialistische Gesellschaften charakteristischen Übersteuerung von Entscheidungsprozessen³⁴.

Die Existenz zweier grundsätzlich inkompatibler Regelungssysteme dürfte in der Praxis zu einer Überregulierung und Verlangsamung der militärischen Entscheidungsprozesse geführt haben. Die Entscheidungsgremien verwandten demnach ihre zeitlichen und personellen Ressourcen überwiegend zur gegenseitigen Abstimmung beider Regelungssysteme, um die Entscheidungsprozesse der militärischen Truppenführung mit den politischen Zielvorstellungen der SED in Einklang zu bringen. Die im Rahmen dieses Harmonisierungsvorganges verwandten Ressourcen fehlten dann aber dem militärischen System bei der Erzeugung seiner genuinen Systemleistungen. Der betriebene Steuerungsaufwand stand dementsprechend in einem massiven Mißverhältnis zum erbrachten Output³⁵.

Drittens haben die politischen Interventionen der SED auch zu einer Entdifferenzierung der spezifischen Operationsmodi des Militärs und deren teilweiser Radikalisierung geführt. Vor allem in den fünfziger Jahren löste die Partei offenbar bestimmte Elemente aus dem militärischen Kommunikationszusammenhang heraus. Diese erhielten einen veränderten Bedeutungsgehalt entsprechend dem Kommunikationscode des politischen Teilsystems. Eine Reihe spezifisch militärischer Entscheidungen wurde deshalb primär auf der Grundlage politischer Kriterien gefällt.

Dies läßt sich am Beispiel der Verwendung des Begriffes der „Einsatzbereitschaft“ verdeutlichen. Dieser wurde jeweils gemäß der spezifischen Semantik der internen Kommunikation beider Teilsysteme mit völlig unterschiedlichen Implikationen verwandt. Während die Partei zumindest bis Anfang der sechziger Jahre damit offenbar in erster Linie politische Zuverlässigkeit verband, verstand die militärische Truppenführung unter dem Begriff vor allem Leistungsfähigkeit und Effizienz.

³¹ Vgl. Masuch, Die sowjetische Entscheidungsweise, S. 653 ff.

³² Vgl. Forrester, Grundsätze einer Systemtheorie, S. 16.

³³ So wird beispielsweise die Heizung eines Hauses durch eine negative Rückkopplung gesteuert. Die eingestellte Temperatur fungiert dabei als Sollwert für die Wärmeerzeugung. Der Thermostat der Heizung reguliert die Energiezufuhr jeweils so, daß der angestrebte Sollwert erreicht wird.

³⁴ Vgl. Etzioni, Die aktive Gesellschaft, S. 477 ff., 528 f.

³⁵ Vgl. Kap. III.3. dieser Studie.

Als Folge der Entkopplung eines solchen Begriffes war es der SED problemlos möglich, dessen politische Bedeutung zuzuspitzen³⁶. Da eine Rückkopplung an den geschlossenen Operationsmodus des Militärs weitgehend nicht mehr bestand, konnte es im Ergebnis zur ungehemmten Radikalisierung der Diskussions- und Entscheidungsprozesse kommen³⁷.

Die Wirkung dieser Parteiinterventionen kann mit dem aus der Terminologie der Kybernetik entlehnten Begriff der „positiven Rückkopplung“ beschrieben werden³⁸. Innerhalb eines Systems verhalten sich Prozesse dynamisch stabil durch die Kopplung an bestimmte Sollwerte. Wird diese Regulierung unterbrochen, kann es zu einem ungebremsten Wachstum der Prozesse kommen³⁹. Eine positive Rückkopplung wird nicht an einem bestimmten Punkt durch einen Sollwert begrenzt. Vielmehr gibt das positive Wachstum der Prozesse den Impuls zur weiteren Erhöhung des Sollwertes. Diese wechselseitige Verstärkung wird auch als Iteration von Sollwertverschiebungen bezeichnet. Trotz eines steigenden Ressourcenverbrauches wird wegen der Entkopplung der Kommunikationsprozesse keine Verbesserung der spezifischen Systemleistung erzielt. Überschreitet ein System so die Grenzen seiner Kapazität, bricht es plötzlich in einem nicht zu steuernden, chaotischen Prozeß zusammen⁴⁰.

Im Zusammenhang mit der politischen Konditionierung des Begriffes der Einsatzbereitschaft kam es in der NVA zu einer positiven Rückkopplung. Die Partei beabsichtigte, die Leistungsfähigkeit der NVA durch die Erhöhung des politischen Bewußtseins vor allem der Offiziere zu verbessern. Die ohnehin schlechte Leistungsfähigkeit wurde durch die Interventionen, die über keine Anschlußfähigkeit an den militärischen Kommunikationszusammenhang verfügten, jedoch weiter reduziert. Anstatt eine positive Wirkung zu erzielen, wurden die Selbstorganisationsprozesse der Streitkräfte zunehmend gestört. Der Begriff der Einsatzbereitschaft wurde als Reaktion darauf von der SED Ende der fünfziger Jahre weiter zugespitzt, da sie die Negativentwicklung wiederum als Zeichen einer immer noch ungenügenden politischen Zuverlässigkeit wertete. Dieser sich wechselseitig verstärkende Prozeß erzeugte demzufolge eine Radikalisierung der entkoppelten Kommunikationsprozesse in der NVA, ohne daß dies zu einer Verbesserung der militärischen Effizienz geführt hätte⁴¹. Hieraus resultierte letztlich aber keine existentielle Funktionsstörung des Teilsystems NVA, da die SED vor dem Erreichen einer kritischen Grenze die politische Durchdringung der militärischen Entscheidungsprozesse ab

³⁶ Vgl. Kap. V dieser Studie.

³⁷ Eine Regulierung durch die spezifischen Sollwerte des militärischen Teilsystems fand jedoch weitgehend nicht mehr statt.

³⁸ Vgl. Forrester, Grundsätze einer Systemtheorie, S. 48 f.

³⁹ Wird etwa die Bindung des Thermostats einer Heizung an eine bestimmte Temperatur als Sollwert entkoppelt, kommt es zu einer positiven Rückkopplung. Trotz der steigenden Temperatur drosselt oder unterbricht der Thermostat die Energiezufuhr nicht. Diese wird vielmehr in einer Wechselwirkung mit der sich erhöhenden Temperatur weiter gesteigert. Überschreitet das Heizungssystem die Grenzen seiner Kapazität, ist dieser Prozeß von einem kritischen Punkt an nicht mehr zu steuern. Die positive Rückkopplung schlägt dann in einen chaotischen Prozeß um: die Heizung wird überhitzt und der Kessel explodiert.

⁴⁰ Vgl. Deutsch, Politische Kybernetik, S. 267 ff.

⁴¹ Vgl. Kap. III.3. dieser Studie.

1961 wieder reduzierte, wodurch eine gewisse Konsolidierung des Militärs möglich wurde⁴².

Der in dieser Studie verwendete systemtheoretische Ansatz ermöglicht es, den Topos kritisch zu hinterfragen, die sozialistischen Staaten seien Gesellschaftsordnungen „neuen Typs“ gewesen. In ihrer Entwicklung hätten sie daher einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterlegen und seien demzufolge mit dem westlichen Gesellschaftsmodell grundsätzlich nicht zu vergleichen⁴³. Obwohl diese Sicht durch die Auflösung der sozialistischen Staaten diskreditiert worden ist, wird deren Zerfall in Fortsetzung der Prämisse immer wieder als Ergebnis externer Faktoren und der Niederlage im Kalten Krieg interpretiert, nicht aber als Folge systemimmanenter Defekte. Am Beispiel des Militärs und seiner politischen Steuerung sollen in der folgenden Studie die dem sozialistischen System der DDR offenbar schon vom Zeitpunkt seiner Konstituierung an innewohnenden Widersprüche veranschaulicht und analysiert werden.

3. Der Forschungsstand

Die historische Analyse der zivil-militärischen Beziehungen in der DDR wurde bis zu deren Auflösung durch die Unzugänglichkeit des Quellenmaterials entscheidend beeinträchtigt. Bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes erschien daher nur wenig fundierte Forschungsliteratur über die NVA. Sofern sie westlicher Herkunft ist, basieren die Ergebnisse dieser Arbeiten vor allem auf in der DDR veröffentlichten Quellen, publizistischen Beiträgen oder Aufsätzen in Fachzeitschriften.

In der Bundesrepublik wurden erstmals in den sechziger Jahren Analysen veröffentlicht, die sich mit der Stellung der SED in der NVA befaßten, so vor allem die Arbeiten von Helmut Bohn⁴⁴, Friedrich P. Martin⁴⁵ und Thomas M. Forster⁴⁶. Im Vordergrund stand dabei zunächst die Aufgabe, die Strukturen des Partei- und Kontrollapparates in den DDR-Streitkräften zu dokumentieren. Einen eigenen erkenntnistheoretischen Ansatz entwickelten diese unter dem Einfluß der Totalitarismustheorie stehenden Arbeiten nicht. Sie wurden vor allem von staatlichen Stellen initiiert⁴⁷ und waren maßgeblich durch eine antikommunistische Ausrichtung geprägt⁴⁸.

⁴² Vgl. Kap. VII.3. dieser Studie.

⁴³ Diese Auffassung war nicht nur für die Selbstsicht der Regime charakteristisch. Seit den siebziger Jahren setzte sich eine systemimmanente Betrachtungsweise bei der Bewertung der Systeme auch in der westlichen Wahrnehmung zunehmend durch. Vgl. u. a. Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme, S. 193 ff.; Ludz, Parteilite im Wandel.

⁴⁴ Bohn, Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

⁴⁵ Martin, SED-Funktionäre in Offiziersuniform.

⁴⁶ Forster, NVA. Die Armee der Sowjetzone; ders.: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR.

⁴⁷ Vgl. u. a. die Veröffentlichung des Bundesverteidigungsministeriums: Die Nationale Volksarmee. Politführung und inneres Gefüge.

⁴⁸ Wegen ihrer Provenienz gründeten die Analysen vermutlich nicht zuletzt auf den Erkenntnissen westlicher Geheimdienste.

In der DDR stellten die sechziger Jahre in der Militärgeschichtsforschung eine außerordentlich fruchtbare Phase dar. In der Phase der Konsolidierung der DDR nach dem Mauerbau ließ die SED anscheinend eine vergleichsweise kritische Auseinandersetzung mit den Gründungsjahren der NVA zu. Erwähnenswert sind hier vor allem die Aufsätze von Gerhard Bogisch⁴⁹, Walter Borning⁵⁰, Karl Greese, Alfred Voerster⁵¹ und Günther Glaser⁵². Die Arbeiten behandeln militärpolitische Richtungsentscheidungen sowie die Krisen und Konflikte im Verhältnis zwischen der SED und der NVA in den Jahren nach 1956. Sie hätten westlichen Forschern vor allem hinsichtlich der SED-internen Entscheidungsprozesse als Sekundärquellen dienen können, sind aber kaum rezipiert worden.

Sehr informativ hinsichtlich der entscheidenden Weichenstellungen in der SED-Militärpolitik der fünfziger Jahre und ihrer zentralen Problemstellungen sind die Dissertation von Günther Glaser⁵³ und die Diplomarbeit von Siegfried Otto⁵⁴. In der DDR blieben sie jedoch unveröffentlicht⁵⁵.

In den siebziger und achtziger Jahren nahm sich die westdeutsche Militärgeschichtsforschung und die amerikanisch geprägte Militärsoziologie verstärkt der Untersuchung der zivil-militärischen Beziehungen in der DDR an. Zu nennen sind hier vor allem die Veröffentlichungen von Freimut Duve⁵⁶, dem Arbeitskreis für Wehrforschung⁵⁷ und Ross A. Johnson⁵⁸. Unter dem Einfluß methodischer Fortschritte zeigte sich die Forschung weitaus sensibler für die spezifischen Bedingungen, denen das Militär in sozialistischen Staaten ausgesetzt war⁵⁹. Vor allem Dale R. Herspring⁶⁰ hat dadurch im Rahmen der bis heute detailliertesten Analyse des Parteiapparates in der NVA eine Reihe neuer Erkenntnisse erzielt. Seine Arbeit und die von Peter Jungermann⁶¹ basieren auf der gründlichsten Auswertung der zeitgenössischen DDR-Literatur.

Nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit gestaltet sich das Bild uneinheitlich. Arbeiten, die auf einer umfassenden, nicht selektiven Quellenrecherche fußen, sind weiterhin selten. Den größten Anteil machen Veröffentlichungen ehemaliger NVA-Offiziere und Wissenschaftler des Militärgeschichtlichen Instituts (MGI) der NVA in Potsdam aus wie etwa der Sammelband von Wolfgang Wünsche⁶² und die Arbeit von Gerhard Merkel⁶³. Die Gründe für die Publikationstätigkeit sind

⁴⁹ Bogisch, Über die militärpolitische Bedeutung der 30. Tagung des ZK, S. 149 ff.

⁵⁰ Borning, Die Nationale Volksarmee erfüllt ihre geschichtliche Aufgabe, S. 1635 ff.

⁵¹ Greese/Voerster, Probleme der Auswahl und Förderung der Offizierskader, S. 32 ff.

⁵² Glaser, Die Initiative des Zentralkomitees der SED im Mai und Juni 1957, S. 294 ff.

⁵³ Glaser, Zur Entwicklung der militärischen Einzelleitung.

⁵⁴ Otto, Über die Rolle des Zentralkomitees.

⁵⁵ Da die Einsicht in die Arbeiten bis 1989 der Genehmigung des Leiters der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen bedurfte, waren sie nur einem privilegierten Leserkreis zugänglich. In der Forschung – zumal im Westen – konnten sie daher keine Wirkung erzielen. Die Studien dokumentieren eine profunde Quellenkenntnis.

⁵⁶ Duve, Die Nationale Volksarmee.

⁵⁷ Die Nationale Volksarmee der DDR im Rahmen des Warschauer Paktes.

⁵⁸ Johnson, Die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa.

⁵⁹ Vgl. Einleitung 3. dieser Studie.

⁶⁰ Herspring, East German Civil-Military Relations.

⁶¹ Jungermann, Die Wehrideologie der SED.

⁶² Wünsche, Rührt euch! Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR.

⁶³ Merkel/Wünsche, Die Nationale Volksarmee der DDR – Legitimation und Auftrag.

vielfältig: Sie reichen von einer kritischen Aufarbeitung und einem allgemeinen Erkenntnisinteresse bis hin zu dem Wunsch, die eigenen Erfahrungen und Erlebnisse rückblickend darzustellen. Doch werden auch Verbitterung und rechtfertigende Tendenzen erkennbar. Zudem sind die Arbeiten überwiegend deskriptiv. Ihre wissenschaftliche Aussagekraft leidet häufig unter erkenntnistheoretischer Unschärfe und wissenschaftlich unseriösen Prämissen⁶⁴. Von den nach 1990 erschienen Publikationen sind darüber hinaus auch die Sammelbände von Manfred Backerra⁶⁵ und Detlef Bald⁶⁶ zu nennen.

Eine umfassende Analyse des Verhältnisses zwischen SED und NVA ist nach dem Ende der DDR bisher nicht vorgelegt worden. Auch die Arbeiten von Militärhistorikern aus den alten Bundesländern bleiben häufig hypothetisch und sind selten quellengestützt⁶⁷. Teilweise entsteht der Eindruck, als befände sich eine ergebnisoffene Erforschung der NVA-Geschichte bei einigen Historikern auch unter den Bedingungen eines unbeschränkten Quellenzugangs weiterhin nicht auf der Agenda⁶⁸. Die Veröffentlichungen von Klaus Naumann⁶⁹ und Peter Joachim Lapp⁷⁰ stellen lediglich die Ausgangsposition der Forschung nach der Wiedervereinigung dar. Allein die Publikationen des MGFA und von Otto Wenzel⁷¹ gründen auf einer umfangreichen Kenntnis der Quellenbestände. Das MGFA erforscht seit

⁶⁴ Reinhard Brühl, 1961 bis 1989 Leiter des MGI, hat beispielsweise geäußert: „Das Scheitern des ‚marxistisch-leninistischen‘ Geschichtsbildes ist nicht auch das Aus für jenes kritische, historische Denken, zu dessen Entwicklung Marx und Engels einen bedeutenden Beitrag leisteten. Die von ihnen begründete dialektisch-materialistische Methode ist auch künftig für wissenschaftliche Erkenntnis von Bedeutung.“ Brühl, *Klio und die Nationale Volksarmee*, S. 253. Horst Egon Sylla hat der wissenschaftlichen Analyse der NVA-Geschichte schlechthin jede Legitimation abgesprochen, indem er konstatierte: „Es entsteht ein falsches Bild, wenn Außenstehende nun versuchen, militärisches (professionelles) Handeln der NVA-Soldaten zu beschreiben, obwohl sie nur Zeugast des Geschehens waren.“ Sylla, *Die Landstreitkräfte der Nationalen Volksarmee*, S. 174.

⁶⁵ Backerra, *NVA. Ein Rückblick für die Zukunft*.

⁶⁶ Bald, *Die Nationale Volksarmee*; Bald, *Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden*.

⁶⁷ Vgl. u. a. Jablonsky, *Die NVA im Staat der SED*; Diefenbach, *Militärgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 458 ff.

⁶⁸ So haben etwa Detlef Bald, Reinhard Brühl und Andreas Prüfert 1995 die Auffassung vertreten, die NVA solle in erster Linie als „staatliches Machtinstrument“ betrachtet werden, das Ursprung und Legitimation im Ost-West-Konflikt gehabt habe. Die Analyse der NVA-Geschichte müsse vor dem Hintergrund ihres „Beitrag/s] für den Frieden“ betrieben werden. Diese „Friedensbindung“ sei auch für die Bundeswehr charakteristisch gewesen. Ein solcher analytischer Zugriff ermögliche daher den Vergleich der beiden deutschen Armeen. Sie haben dementsprechend konstatiert: „Die Neubefragung, -erforschung und -bewertung der Geschichte der DDR und ihrer Nationalen Volksarmee bleibt ahistorisch, wenn sie erst mit dem 7. Oktober 1949 bzw. dem 1. März 1956 beginnt und auf eine ‚Innenansicht‘ reduziert wird.“ Es sei daher erkenntnistheoretisch falsch, die DDR primär als „Unrechtsregime“ zu perzipieren. Bald, Brühl und Prüfert haben die Vermutung geäußert, einer Analyse der DDR-Geschichte mit derartigen „Kategorien des ‚Entweder-Oder‘“ könnte die Intention zugrunde liegen, „die Verbrechen des NS-Regimes erneut zu verharmlosen“. Wer eine „rationale Antwort“ auf die zeitgeschichtlichen Fragen suche, müsse „dem deskriptiven Gehalt einen breiten Raum ... gewähren, um tendenziell über faktische Zusammenhänge die Sicht darauf zu ermöglichen, wie es denn wirklich gewesen“ sei. Bald, *Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden*, S. 7 ff.

⁶⁹ Naumann, *NVA: Anspruch und Wirklichkeit*.

⁷⁰ Lapp, *Die Nationale Volksarmee 1956–1990*, S. 1900 ff.

⁷¹ Wenzel, *Kriegsbereit: Der Nationale Verteidigungsrat der DDR*.

1992 systematisch die Militär- und Sicherheitspolitik der DDR und der Geschichte der NVA. Erschienen ist bisher eine Analyse der Jahre 1947–1952⁷² sowie eine umfangreiche Studie zur Geschichte der Kasernierten Volkspolizei (KVP) 1952–1956⁷³. 1996 hat das MGFA zudem eine Bibliographie zur Militär- und Sicherheitspolitik in der SBZ/DDR veröffentlicht, die einen hilfreichen Überblick über die bis dahin erschienene Literatur gibt⁷⁴; im Hinblick auf die Darstellung der entscheidenden Fakten der DDR-Militärgeschichte gilt dies ebenso für das 1998 erschienene „Handbuch der bewaffneten Organe der DDR“⁷⁵. Außerordentlich informativ und kenntnisreich ist darüber hinaus eine im Auftrag des MGFA von Peter Trommer verfaßte Studie über die Modifikationen im SED-Parteiapparat in der NVA bis 1961, die jedoch unveröffentlicht geblieben ist⁷⁶.

Im Rahmen einer Skizzierung des Forschungsstandes gilt es, das Augenmerk vor allem auf zwei Aspekte zu richten, deren Analyse in der vorliegenden Studie einen wichtigen Stellenwert einnimmt: Zum einen ist dies auf der Mikroebene die Organisation der politischen Durchdringung, die bisher widersprüchlich und häufig unzutreffend dargestellt worden ist. Zum anderen ist es auf der Makroebene die Frage der militärpolitischen Orientierung der SED an China, die in der DDR-Militär-geschichtsschreibung ein Tabuthema war⁷⁷, im Westen bis 1990 mit einer Ausnahme nicht erkannt wurde und deren Zusammenhänge noch immer weitgehend unerforscht sind.

Günther Glaser hat darauf hingewiesen, daß vor allem der Ungarn-Aufstand die SED dazu veranlaßte, bestehenden „Führungsproblemen in den sozialistischen Streitkräften entsprechende Beachtung zu schenken“⁷⁸. Denn nach der Gründung der NVA, so Walter Borning, hätten Teile des Offizierskorps der NVA Parteibeschlüsse mißachtet⁷⁹. Wie A. Ross Johnson festgestellt hat, ist es nach 1956 das Ziel der SED gewesen, die „innere Autonomie“ des Militärs zu verhindern und die „volle Kontrolle über spezifisch militärische Angelegenheiten zu erlangen“⁸⁰. Gerhard Bogisch zufolge wollte die SED die Trennung von politischer und militärischer Führung in der NVA überwinden. Zudem habe die Parteiführung auch die Arbeit der Politorgane in der NVA kritisiert. Die SED habe daher im Anschluß an die 30. ZK-Tagung Anfang 1957 die Kompetenzen der Parteiorganisationen erweitert. Hierauf hätten die „Instruktion für die Arbeit der Parteiorganisationen der SED in der NVA“ und die „Bestimmungen für die Arbeit der Politorgane der NVA der DDR“ vom Mai 1957 ebenso abgezielt wie die im Juni abgehaltene Beratung von Mitgliedern des Politbüros mit Parteifunktionären in der NVA⁸¹. Auf dieser sogenannten „Eggersdorfer Tagung“, so hat Walter Borning geäußert, seien vor allem von Walter Ulbricht, Hermann Matern, Willi Stoph und Erich Honecker die

⁷² Thoß, Volksarmee schaffen – ohne Geschrei!.

⁷³ Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee.

⁷⁴ Ehlert, Die Militär- und Sicherheitspolitik in der SBZ/DDR.

⁷⁵ Diedrich, Im Dienste der Partei.

⁷⁶ Trommer, Struktur, Organisation und Wirkungsweise.

⁷⁷ Froh, Das chinesische Prinzip, S. 8.

⁷⁸ Glaser, Die Initiative des Zentralkomitees der SED im Mai und Juni 1957, S. 300.

⁷⁹ Borning, Die Nationale Volksarmee erfüllt ihre geschichtliche Aufgabe, S. 1639.

⁸⁰ Johnson, Die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa, S. 118 f.

⁸¹ Bogisch, Über die militärpolitische Bedeutung der 30. Tagung des ZK, S. 155 ff.

Grundlagen der neuen Militärpolitik der SED erläutert worden⁸². Die zentrale Bedeutung der Tagung war der westlichen Forschung bis 1990 nicht bekannt. Günther Glaser hat darauf verwiesen, daß sich ab diesem Zeitpunkt in der NVA auch die Offiziere, sofern sie SED-Mitglied waren, dem Prinzip der „Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person“ zu unterwerfen hatten⁸³. Dessen Anwendung sei jedoch „vielfach von den Vorgesetzten unterbunden“ worden, so Walter Borning. Durch den Politbürobeschuß vom 14. Januar 1958 habe die SED dann versucht, das Zusammenwirken zwischen Kommandeuren und Parteileitungen weiter zu verbessern: Den Parteiorganisationen sei das Recht eingeräumt worden, „die dienstliche Tätigkeit aller Offiziere zu beurteilen“ und „Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit zu machen“⁸⁴.

Burckhard Blanke ist es vor 1990 als einzigem westlichen Autor annähernd gelungen, den Prozeß der politischen Durchdringung der NVA sowohl chronologisch als auch auf der Basis der entscheidenden Parteibeschlüsse zu rekonstruieren⁸⁵. Er hat darauf hingewiesen, daß die Einführung der „kollektiven Führung“ 1957 heftige Auseinandersetzungen zwischen der SED und dem Offizierskorps auslöste. Diese Neuerung habe die Autorität der Kommandeure schwer erschüttert⁸⁶. Blankes These, das Politbüro habe daraufhin die Befehlsverhältnisse wieder zugunsten der ungeteilten Befehlsgewalt der militärischen Führer geordnet und die Politoffiziere und Parteiorganisationen hätten sich „zu reinen Erziehungsinstrumenten entwickelt“, läßt sich empirisch aber nicht erhärten⁸⁷. Die SED scheint ihr Konzept vielmehr weiter verschärft zu haben. Dabei bestand die ablehnende Haltung von Seiten der Truppenführung unvermindert fort. Der verstärkte Einfluß der Parteiorganisationen durch die Einführung kollektiver Entscheidungsprozesse wurde von Teilen des Offizierskorps als Widerspruch zur proklamierten „Festigung der Einzelleitung“ aufgefaßt⁸⁸.

A. Ross Johnson hat dazu bemerkt, die Einflußnahme der Partei in der Armee nach der Institutionalisierung eines eigenen Befehls- und Meldesystems habe ständig für Konflikte gesorgt. Wegen der letztlich übereinstimmenden Interessen der politischen Beauftragten einerseits und der militärischen Führer andererseits sei es aber niemals zu institutionellem Widerstand des Offizierskorps oder des Militärs im ganzen gekommen⁸⁹. Erst kürzlich hat Rüdiger Wenzke als Ursache für die Konflikte zwischen SED und Offizierskorps identifiziert, daß sich viele Offiziere „ausschließlich als militärische Fachleute“ gefühlt und sich für die „politische und ideologische Indoktrination ihrer Unterstellten“ nicht hätten verantwortlich machen lassen wollen. Diese sei nach Gründung der NVA „offensichtlich auf massive Ablehnung in Teilen des Offizierskorps“ gestoßen, ebenso wie der Einfluß der häufig inkompetenten Politoffiziere. Den „sich ausweitenden Unstimmigkeiten“ sei die

⁸² Borning, Die Nationale Volksarmee erfüllt ihre geschichtliche Aufgabe, S. 1639.

⁸³ Glaser, Die Initiative des Zentralkomitees der SED im Mai und Juni 1957, S. 303.

⁸⁴ Borning, Die Nationale Volksarmee erfüllt ihre geschichtliche Aufgabe, S. 1640.

⁸⁵ Blanke, Zum Verhältnis Militär – Partei – Gesellschaft in der DDR, S. 187 ff.

⁸⁶ Ebenda, S. 196.

⁸⁷ Ebenda, S. 198.

⁸⁸ Bogisch, Über die militärpolitische Bedeutung der 30. Tagung des ZK, S. 159.

⁸⁹ Johnson, Die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa, S. 118 f.

SED-Führung darauf seit dem Frühjahr 1957 „offen entgegengetreten“⁹⁰. Stein des Anstoßes dürfte jedoch nicht die Ausweitung der Verantwortlichkeit der Offiziere gewesen sein, sondern vielmehr die Verwirklichung der kollektiven Führung in den Streitkräften, bedeutete diese doch das Ende der ungeteilten Befehlsgewalt der Kommandeure. Michael Buddrus hat in diesem Zusammenhang geäußert, nach dem Politbürobeschuß vom 14. Januar 1958 über die Rolle der SED in der NVA sei „eine passive Resistenz des Offizierskorps gegenüber sachfremden politischen Indoktrinationsbemühungen“ festzustellen gewesen⁹¹.

Zweifelhaft ist in diesem Zusammenhang Dale R. Hersprings Annahme, es sei der SED möglich gewesen, sowohl die politische Kontrolle als auch die militärische Effizienz und die Technisierung der NVA zu erhöhen. Er meint, die Professionalisierung habe weder zu einem Abbau des politischen Kontroll- und Steuerungsapparates noch des politischen Engagements der Offiziere geführt⁹². Sein Ansatz ist nicht nur deshalb zu kritisieren, weil er den Umfang des Parteiapparates mit dem Grad der politischen Überzeugung gleichsetzt. Auch hat er die Abgrenzung der DDR 1961 als politisch stabilisierenden Faktor unterschätzt, die eine wesentliche Voraussetzung für die Professionalisierung der NVA war.

Bezüglich der strukturellen Verflechtung von SED und NVA hat Helmut Bohn hervorgehoben, die Kommandeure seien nach der Implementierung kollektiver Beratungen mit den Parteileitungen und Parteisekretären weitaus stärker der Kontrolle der SED ausgesetzt gewesen⁹³. Die von Friedrich P. Martin in diesem Zusammenhang geäußerte Auffassung, die Kommandeure hätten „automatisch“ der Parteileitung in ihrer Einheit angehört⁹⁴, dürfte jedoch unzutreffend sein. Zudem hat Helmut Bohn auf den Bedeutungsverlust der Politoffiziere gegenüber den Parteileitungen und Parteisekretären Ende der fünfziger Jahre hingewiesen⁹⁵. Die offenbar zwischen 1957 und 1963 existierende herausgehobene Stellung der Parteisekretäre ist später häufig übersehen worden. So hat Thomas M. Forster fälschlicherweise angenommen, die SED habe die Kontrolle der Kommandeure in erster Linie über die Politorgane und Politoffiziere ausgeübt. Zwar hat er die Kontrollstrukturen vergleichsweise vollständig dargestellt. Zumeist jedoch konnte er keine Einsicht in ihre Wirkungsweise entwickeln. Die institutionelle und funktionale Trennung von Politorganen und Parteiorganisationen etwa ist ihm verborgen geblieben⁹⁶. Die in diesem Zusammenhang von Burckhard Blanke geäußerte Annahme, die Parteisekretäre seien in der Regel zugleich Politstellvertreter der Kommandeure gewesen, erweist sich als unzutreffend⁹⁷. Es zeigt sich, daß eine überzeugende Darstellung der komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen Militär und Partei in der DDR weiterhin aussteht.

⁹⁰ Wenzke, *Die Nationale Volksarmee*, S. 439.

⁹¹ Buddrus, „Kaderschmiede für den Führungsnachwuchs“, S. 225.

⁹² Herspring, *East German Civil-Military Relations*, S. 141 ff.

⁹³ Bohn, *Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, S. 35.

⁹⁴ Martin, *SED-Funktionäre in Offiziersuniform*, S. 141.

⁹⁵ Bohn, *Die Aufrüstung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, S. 35.

⁹⁶ Forster, *NVA. Die Armee der Sowjetzone*, S. 93 ff.; ders., *Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR*, S. 188 ff.

⁹⁷ Blanke, *Zum Verhältnis Militär – Partei – Gesellschaft in der DDR*, S. 202.

Das Motiv für die Implementierung des kollektiven Führungsprinzips in der NVA dürfte primär die Verhinderung militärischer Autonomie gewesen sein. Die von Werner Hübner im nachhinein formulierte Begründung, das Prinzip habe „Mitbestimmung von unten“ ermöglichen sollen⁹⁸, erscheint daher als grobe Verzerrung der eigentlichen Zielsetzung der Parteiführung. Eberhard Haueis hat diesbezüglich konstatiert, die Parteileitungen hätten die Interessenvertretung der einfachen Soldaten gegen „Erscheinungen des Machtmißbrauchs durch Vorgesetzte“ übernommen⁹⁹. Der Machtmißbrauch dürfte jedoch vor allem ein Ergebnis der beschnittenen Eigenverantwortung der NVA-Offiziere durch die Erweiterung des Mitspracherechtes der Partei in militärischen Fragen infolge der Verwirklichung des kollektiven Führungsprinzips gewesen sein.

Der Begriff der sogenannten Einzelleitung ist in der Forschung häufig mißverstanden worden. Anders als Peter Jungermann angenommen hat¹⁰⁰, hat die spezifische Interpretation dieses Führungsprinzips in der NVA die Position der Kommandeure jedoch nicht gestärkt. Vielmehr wurde diese geschwächt, da der Kommandeur, so Günther Glaser, als Einzelleiter zwar die „Einheit von politischer und militärischer Führung“ verkörpert habe¹⁰¹, statt der ungeteilten Befehlsbefugnis habe diese aber die „kollektive Beratung“ vorausgesetzt¹⁰². Die Verwirklichung der Einzelleitung bewirkte daher offensichtlich weder die „Unterordnung der Partei- und Kontrollorgane unter die ungeteilte Befehlsbefugnis des militärischen Führers“, wie Karl Diefenbach vermutet¹⁰³, noch die Degradierung des Politoffiziers zu einem reinen „Gehilfen“ des Kommandeurs, wie Peter-Joachim Lapp geäußert hat¹⁰⁴.

Obgleich die Analyse des Parteiapparates der SED in der NVA bisher vergleichsweise viele Informationen hervorgebracht hat, existieren zu anderen Instrumenten der politischen Durchdringung bisher kaum erschöpfende Forschungsergebnisse. So bestehen beispielsweise hinsichtlich der Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes und der Bedeutung des Nomenklatursystems in den Streitkräften noch immer große Forschungslücken. Ziel dieser Analyse ist es daher auch, diesbezüglich auf der Grundlage bisher unberücksichtigter Quellen neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Die These, die SED-Militärpolitik habe sich zwischen 1957 und 1960 an China orientiert, ist nicht nur nach der Analyse der nun zugänglichen NVA-Quellen evident. Hinweise darauf wären schon vor 1990 in zeitgenössischen DDR-Publikationen zu finden gewesen¹⁰⁵. Der Tatbestand ist von der Forschung bisher aber kaum thematisiert worden. Daher ist es ein zentrales Ziel der vorliegenden Analyse, die von Peter Jungermann formulierte These von der „uneingeschränkt anerkannten Vorbildlichkeit der Sowjetarmee für die NVA in jeder Hinsicht“¹⁰⁶ anhand von neuen Quellen zu widerlegen.

⁹⁸ Hübner, Zur Rolle der Partei in der Nationalen Volksarmee, S. 418.

⁹⁹ Haueis, Die führende Rolle der SED in der Nationalen Volksarmee, S. 14.

¹⁰⁰ Jungermann, Die Wehrideologie der SED, S. 86.

¹⁰¹ Glaser, Die Initiative des Zentralkomitees der SED im Mai und Juni 1957, S. 294.

¹⁰² Ebenda, S. 306.

¹⁰³ Diefenbach, Militärgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 465.

¹⁰⁴ Lapp, Die Nationale Volksarmee 1956–1990, S. 1935.

¹⁰⁵ Vgl. v. a. Tao, Die Geschichte und die besten Traditionen, S. 721 ff.

¹⁰⁶ Jungermann, Die Wehrideologie der SED, S. 96.

Allein Dale R. Herspring hat vor 1990 die von China übernommenen Ansätze, Offiziere der NVA für einige Zeit als Soldat dienen oder in der Produktion arbeiten zu lassen, erwähnt. Dies sei eine Reaktion der SED auf die „general tendency to separate politics from expertise“ gewesen¹⁰⁷. In der militärhistorischen Forschung der DDR sind die chinesischen Erziehungsmethoden in den unveröffentlicht gebliebenen Arbeiten von Günther Glaser¹⁰⁸ und Siegfried Otto¹⁰⁹ behandelt worden.

Nach der Wiedervereinigung sind die „chinesischen Experimente“ unter anderem in Aufsätzen von Klaus Froh¹¹⁰, von Friedrich Elchlepp und Dieter Flohr¹¹¹ sowie von Rüdiger Wenzke¹¹² thematisiert worden. Darüber hinaus wird in einer Reihe autobiographischer Abhandlungen auf diese Erziehungsmethoden hingewiesen¹¹³.

Heinz Hampel hat festgestellt, daß die Orientierung am chinesischen Modell das Ergebnis der Reise einer Militärdelegation der NVA im Oktober 1957 nach China war¹¹⁴. Als Erklärung für diese Orientierung hat Rüdiger Wenzke angeführt, die SED-Führung habe die „zum Teil katastrophalen inneren Verhältnisse in der NVA“ anhand der „chinesische/n/ Erfahrungen“ verbessern wollen¹¹⁵. Klaus Froh zufolge sollte zudem der entstandene Kastengeist des Offizierskorps beseitigt und seine Verbundenheit zur Arbeiterklasse wieder gestärkt werden¹¹⁶. Darüber hinaus, so hat Werner Hübner geäußert, habe es zu dieser Zeit außenpolitisch geboten erschienen, der UdSSR zu signalisieren, „daß man sich nicht in jeder Hinsicht am Vorbild der Sowjetunion orientieren müsse“¹¹⁷. Anscheinend gab es darüber hinaus auch Probleme, die sowjetischen Vorgaben bei der Organisation der politischen Durchdringung zu verwirklichen.

Peter-Joachim Lapp hat die Auffassung vertreten, die Maßnahmen seien bei den Offizieren mehrheitlich auf „Unverständnis oder Ablehnung“ gestoßen. Entscheidend für die Aufgabe der chinesischen Prinzipien der Truppenführung durch die SED Ende 1960 sei jedoch die Tatsache gewesen, daß die sowjetischen Vertreter des Vereinten Kommandos des Warschauer Paktes in der NVA diese ebenfalls verworfen hätten¹¹⁸. Rüdiger Wenzke hat zudem bemerkt, alle diesbezüglichen Befehle und Anordnungen seien außer Kraft gesetzt worden, weil sie nicht die „gewünschten politischen und ideologischen Wirkungen“ gezeigt hätten¹¹⁹. Eine große Rolle spielte in diesem Zusammenhang wohl auch ein externer Faktor und weniger die Tatsache, daß die Gefechtsbereitschaft wegen unbesetzter Offiziersplanstellen nicht mehr garantiert war, wie Günther Glaser angeführt hat¹²⁰. Die Abkehr von den chi-

¹⁰⁷ Herspring, *East German Civil-Military Relations*, S. 74 ff.

¹⁰⁸ Glaser, *Zur Entwicklung der militärischen Einzelleitung*, S. 210 ff.

¹⁰⁹ Otto, *Über die Rolle des Zentralkomitees*, S. 72 f.

¹¹⁰ Froh, *Das chinesische Prinzip*, S. 8.

¹¹¹ Elchlepp/Flohr, „Chinesische Erziehungsmethoden“, S. 26 ff.

¹¹² Wenzke, *Chinesische Experimente*, S. 54 ff.

¹¹³ Vgl. u. a. Fricke, *Davor – Dabei – Danach*, S. 116 ff.; Hampel, *Im Ministerium für Nationale Verteidigung*, S. 188 ff.; Hasemann, *Soldat in der DDR*, S. 201 ff.

¹¹⁴ Hampel, *Im Ministerium für Nationale Verteidigung*, S. 188.

¹¹⁵ Wenzke, *Die Nationale Volksarmee*, S. 440.

¹¹⁶ Froh, *Das chinesische Prinzip*, S. 8.

¹¹⁷ Hübner, *Zur Rolle der Partei in der Nationalen Volksarmee*, S. 424.

¹¹⁸ Lapp, *Die Nationale Volksarmee 1956–1990*, S. 1953.

¹¹⁹ Wenzke, *Die Nationale Volksarmee*, S. 441.

¹²⁰ Glaser, *Zur Entwicklung der militärischen Einzelleitung*, S. 239.